

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,50 Mark.

Stuttgart
28. April 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zundel), Wibelshöhe,
Postwegloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Maigedanken. — Der amerikanische Militarismus und die Frauen.
Von Meta Stern-Bilienthal. — Gesetzlicher Schutz für Arbeiterinnen
und jugendliche Arbeiter. — Aus der Bewegung: Der Popf der
hängt ihm hinten. — Genossin Bieg erkrankt.
Notizenteil: Unterm Belagerungszustand. — Für den Frieden. —
Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht.
— Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Soziale Ge-
setzgebung. — Die Frau in öffentlichen Amtern.

Maigedanken.

Nichts beleuchtet so grell und schmerzlich den Abgrund, der sich im Dasein der sozialistischen Arbeitermassen aller Länder zwischen einst und jetzt aufgetan hat, wie der Tag des 1. Mai. Mit welchen Gefühlen, mit welchen Wünschen und Hoffnungen blickten wir sonst auf den Weltfeiertag der Arbeit! Für Millionen Proletarier und Proletarierinnen war er der alljährliche Votum und Kündiger der Völkerbrüderung, des Weltfriedens, des großen Bruderbundes der Arbeiter aller Zungen und Zonen. Und heute! ... Schon zum zweiten Male geht die Sonne des 1. Mai über einem furchtbaren Blutmeer auf. Fast zwei volle Jahre dauert die gegenseitige Zerfleischung der Völker, und die ersehnte Ketterin der Menschheit, die proletarische Internationale, ist zertrümmert.

Auch in der tiefsten Not, ja gerade in der Not ist es das Beste, dem Lassalleschen Grundsatz gemäß „auszusprechen, was ist“. Die sozialistische Internationale liegt am Boden, sie ist nicht mehr. Sich oder andere darüber zu täuschen, hieße gerade die verhängnisvolle Politik der Illusionen geflissentlich weiter nähren, die vor unseren Augen schmachlich Bankrott erlitten hat. Aber der Gedanke an den 1. Mai beleuchtet nicht nur den Ruin der zweiten Internationale, er weist auch hin auf das Warum ihres Zusammenbruchs und das Wie ihrer künftigen Auferstehung.

Wenn die zweite Internationale sich plötzlich, binnen vierundzwanzig Stunden, in Dunst auflösen konnte, so beweist das nur, daß ihr Dasein früher schon in der Luft schwebte. Wenn sie in der Stunde der Entscheidung auf die Empfindungen und das Handeln der Massen so gar keinen Einfluß hat ausüben können, so zeigt diese Tatsache, daß die Internationale im geistigen Leben der Massen überhaupt noch keine Wurzel geschlagen hatte. Und hier steckt der Knoten des Problems.

Manche Proletarier und Proletarierinnen schauen sich mit blutendem Herzen um und rufen schmerzlich: Wo ist die Internationale geblieben? Warum schweigt sie? Wann wird sie wieder ihre Stimme erheben? Und dabei richten sie ihre Blicke nach Brüssel, nach Paris, nach dem Haag, nach Bern, als ob von dort die Heilsbotschaft kommen sollte von der Auferstehung der Internationale. Allein die so rufen sind in argem Irrtum befangen. Nicht irgendwo draußen, bei sich selbst müssen sie die Internationale suchen. Jeder sozialdemokratische Arbeiter, jede Arbeiterin und Arbeiterfrau muß sich sagen: Die Internationale, das bist du!

Die Internationale, das ist nicht ein Bureau, ein Kongreß, eine Instanz aus ein oder zwei Duzend Leuten, eine Instanz, die Schriftstücke hinauschießt in die Länder. Die sozialistische Internationale, die mehr als ein schöner Traum sein, die sich zu Fleisch und Blut verkörpern soll, das sind die proletarischen Massen aller Länder, die den Gedanken der Weltverbrüderung der Arbeitenden in ihr Herz und Hirn aufgenommen haben. Die Internationale als politische Wirklichkeit, das sind die Massen der Arbeitenden, denen dieser Gedanke aus einem Sonntagsparadestück zur täglichen Praxis, zum Zeitvertreib all ihres Tuns und Lassens geworden ist.

Um die Internationale wiederherzustellen, hat man deshalb gar nicht nötig, aus Deutschland herauszugehen, ebenso wenig wie man dazu Frankreich, England oder Rußland zu verlassen braucht. Die Internationale lebt von selbst auf, sobald Arbeitermassen der wichtigsten Länder getreu nach den sozialistischen Grundsätzen handeln. Umgekehrt bleibt die Internationale tot, sie ist nichts weiter als ein „übertünchtes Grab“, wenn in London, Wien, Kopenhagen oder sonstwo Vertreter der Arbeiterparteien verschiedener Länder sich an einen Tisch zusammensetzen, um papierene Resolutionen zu fassen, während ihre praktische Politik, ihr Handeln ein Spott und Schohn auf die sozialdemokratischen Grundsätze ist. Die Internationale bleibt tot, solange die Arbeitermassen allenthalben das Wachs bleiben, aus dem kleine Staatsmänner in verschiedenen Parteitrachten Figuren modeln, wie es ihnen gefällt.

Bei sich selbst muß jeder einzelne am Bau der Internationale arbeiten. Nicht von Delegierten, Vertretern, Abgeordneten, Führenden jeder Art sollen die Proletarier und Proletarierinnen die Heilsbotschaft von der Wiederauferstehenden erwarten. Sie selbst können allein das Wunder vollbringen, das Wunder, das so einfach und selbstverständlich ist, wie alle großen Gesetze der Entwicklung, wie alle ehernen geschichtlichen Notwendigkeiten. Auch der Mai der Völkerbrüderung wird nicht vom Himmel herabfallen, als ein Gnadengeschenk heldenhafter Persönlichkeiten. Den Frühlingstag ihrer Rückkehr zum Sozialismus müssen sich die Arbeitercharen selbst erringen. Gemäß der Weisung ihres Meisters Karl Marx: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.“

Der amerikanische Militarismus und die Frauen.

Das Schreckensbeispiel Europas scheint auf Amerika keine andere Wirkung ausgeübt zu haben, als auch hier das Rüstungsfieber zu fördern. Die Kriegspanik hat die Nation und vor allen Dingen die Regierung derart ergriffen, daß die wildesten Rüstungspläne entworfen werden und starke Unterstützung finden. Man plant eine Flotte größer als die Englands, ein stehendes Heer, mächtiger als das, welches Deutschland besitzt, eine Bürgerwehr nach dem Muster der Schweiz. Man befürwortet Befestigung der Küsten, die Aus-

gabe von Millionen zu Rüstungszwecken, militärische Übungen für die Knaben in den Volksschulen, allgemeine Wehrpflicht und dergleichen mehr. Staatsmänner, Politiker und Journalisten überbieten einander in Vorschlägen und Erörterungen. „Preparedness“, Vorbereitung, ist die Losung des Augenblicks. Die kapitalistischen Zeitungen — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — haben eine wahre Heßkampagne zugunsten der militärischen Rüstung eingeleitet. Der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, reist im Lande umher und versucht das Volk für seine Rüstungspläne zu gewinnen, und der frühere Präsident, Theodore Roosevelt, greift in Wort und Schrift Mr. Wilson auf das schärfste an, weil ihm dieser noch nicht genug militärisch gesinnt ist. Wenn Roosevelt noch an der Spitze der Regierung stände, die Vereinigten Staaten wären bereits in den europäischen Krieg verwickelt.

Die stärkste Unterstützung findet die „Preparedness“-Agitation natürlich seitens der Waffen- und Munitionsfabrikanten, die in dem wachsenden amerikanischen Militarismus den größten Vorteil für sich selber erblicken. Diese Produzenten der Vernichtungswerkzeuge haben in dem europäischen Kriege eine wahre Goldgrube gefunden. Eine große Anzahl neuer Fabriken wurde gebaut, und Tausende von neuen Arbeitskräften wurden eingestellt, um den Kriegsaufträgen der Alliierten zu genügen. In verschiedenen Staaten sind seit Ausbruch des europäischen Krieges ganze Fabrikortschaften — „powder cities“, Pulverstädte nennt man sie — wie Pilze aus dem Boden emporgeschossen. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Mädchen finden in diesen Pulverstädten Beschäftigung. Das macht sich bereits fühlbar in einer zunehmenden Dienstbotennot in den großen Städten, denn viele der eingewanderten Mädchen, die bisher einen Dienst annahmen, gehen jetzt in die Waffen- und Munitionsfabriken, wo ihnen höhere Löhne und kürzere Arbeitsstunden geboten werden. Dieses rasch emporgeschossene Gewerbe braucht natürlich den Krieg, oder doch die Vorbereitung zum Kriege, um fortzubestehen. Die Rüstungsindustriellen wissen, daß das Ende des europäischen Krieges eine bedeutende Abnahme ihrer Aufträge im Gefolge haben wird. Darum wollen sie sich schon jetzt durch die Regierung des eigenen Landes einen neuen Markt für ihre Waren sichern. Durch systematische Förderung der militärischen Heßkampagne wollen sie dafür sorgen, daß ungeheure Summen aus den Taschen des steuerbelastenden Volkes in ihren eigenen Säckel fließen.

Bei all diesem Rüstungswahnsinn wissen die Amerikaner aber nicht einmal, gegen wen sie eigentlich rüsten sollen. Die deutschfeindlichen Elemente behaupten natürlich, daß seitens Deutschlands Gefahr drohe. In ihrer erregten Phantasie sehen sie bereits den deutschen Generalstab in New York einquartiert und die deutsche Flagge vom Kapitol in Washington wehen. Andere aber befürchten einen Konflikt mit England und weisen voller Besorgnis auf die den ganzen Kontinent durchkreuzende, völlig unbefestigte Grenzlinie zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada. Dritte wiederum sprechen von der „gelben Gefahr“, die angeblich aus Japan droht und fordern stärkste Befestigung der pazifischen Küste. Eine in New York erscheinende humoristische sozialistische Zeitschrift — „The Masses“ — hat in einem kürzlich veröffentlichten Bilde die Situation trefflich charakterisiert. Das Bild stellt Präsident Wilson dar, wie er knieschlotternd vor einer Anzahl drohender Munitionsfabrikanten steht. „Aber meine Herren,“ sagt Wilson, „ich sehe ja keinen Feind,“ worauf ihm die Herren Industriellen erwidern: „Kaufe du nur unsere Kanonen, einen Feind werden wir dir schon besorgen.“

In dieser aufgeregten, schmerzlichen, völlig aus ihren Augen gegangenen Zeit ist es ein Trost, eine Frau, und besonders eine sozialistische Frau zu sein. In Amerika sind die aufgeklärten fortschrittlichen Frauen die energischsten, mutigsten, unermüdetesten Kämpferinnen gegen den Militarismus. Die Frauen aller Länder haben in diesen schweren Tagen einsehen gelernt, daß es ihre Kulturmission ist, als

Erzeugerinnen des Lebens, als Hüterinnen des Lebens sich der grausamen, sinnlosen Vernichtung des Lebens zu widersetzen. Die bürgerlichen Frauen gehen in den Vereinigten Staaten mit glänzendem Beispiel voran. Eine große Anzahl der fortschrittlichsten unter ihnen, die vielfach auch in der Frauenbewegung tätig sind, haben die Women's Peace Party (Frauen-Friedens-Partei) gegründet. Mit Wort und Schrift, in öffentlichen Vorträgen und Versammlungen bekämpft diese Organisation den um sich greifenden amerikanischen Militarismus. Im Januar hielt sie eine glänzend besuchte Konferenz in Washington ab. Eine hochinteressante Aussprache der Führerinnen vor dem Kongreß schloß sich an die Konferenz an. Auch viele sozialistische Frauen waren zugegen. Die Frauen-Friedens-Partei begnügt sich nicht mit der Bekämpfung des Militarismus; sie hat auch ein positives Friedensprogramm, das praktische, durchaus im Bereich der Möglichkeit liegende Vorschläge zur Verhütung weiterer Kriege enthält.

Die sozialistischen Frauen, obgleich eine viel geringere Zahl, stehen in der Friedensarbeit nicht hinter den bürgerlichen Frauen zurück. Einzelne sowie mittels ihrer Organisationen führen sie seit Monaten eine energische antimilitaristische Kampagne. In New York und Umgebung geht diese Agitation hauptsächlich von dem Socialist Suffrage Committee (Sozialistischer Ausschuss für das Frauenwahlrecht) aus. Es wurde vor einem Jahre zum Zwecke der Frauenstimmrechtspropaganda begründet und blieb nach der Wahl als Frauenagitationskomitee bestehen. Dieser Ausschuss hat bereits mehrere antimilitaristische Versammlungen veranstaltet; er verbreitet antimilitaristische Schriften; er unterhält einen Verein sozialistischer Agitatorinnen, in dem die gegenwärtige politische Lage einmal wöchentlich erörtert und diskutiert wird; er schickt seine geschulten Rednerinnen in andere Frauenklubs, Vereine von Müttern, Gewerkschaften usw., um gegen den Militarismus im allgemeinen und gegen den amerikanischen Rüstungswahnsinn im besonderen zu agitieren. Kürzlich hat die Organisation einen Lichtbilderapparat gekauft, um die antimilitaristischen Vorträge mit padenden Kriegsbildern zu illustrieren. In einer der vom Socialist Suffrage Committee veranstalteten Versammlungen sprach mit großem Erfolg Genossin Alexandra Kollontaj, eine Vertreterin der russischen Sozialdemokratie, des internationalen Sozialismus, die sich gegenwärtig auf einer Vortrags tour in den Vereinigten Staaten befindet.

So stehen die fortschrittlichsten Elemente in der amerikanischen Frauenvwelt vereint in bezug auf den Friedenswillen.
Meta Stern-Silenthal (New York).

Gesetzlicher Schutz für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter.

Vom Wesen des Kapitalismus ist das Drängen nach Profit untrennbar. Es kann sich — bei sonst gleichen Verhältnissen — um so erfolgreicher durchsetzen, je schwächer und widerstandsloser die Arbeitskräfte sind, die das Kapital in seinen Dienst nimmt. Bei allen Völkern und zu allen Zeiten, wo der Kapitalismus sich entfaltet, hat daher das Gängen am Profit zu einer möglichst umfangreichen Verwendung von Frauen, Jugendlichen und Kindern bei der Erwerbsarbeit geführt, zu einer Verwendung, der die unheilvollsten Folgen auf dem Fuße folgten. Ganz international zeigte sich bei der Erwerbsarbeit dieser widerstandsschwächeren Arbeitskräfte, daß das Kapital in seinem Gewinnbegehren nicht bloß die Schranken jeder menschlichen Rücksicht überrannte, sondern auch die Grenzen einer Klugheit, die an die Zukunft denkt.

Ganze Geschlechter von Frauen, Jugendlichen und Kindern sind gestorben und verdorben, weil sie unter Bedingungen erwerbstätig sein mußten, die die Gesundheit zugrunde richteten, das Familienleben der Arbeiter zerstörten, mit der Leibeskraft der Heranwachsenden auch den Geist, die sittliche Stärke zermürbten. Das Kapital schlachtete damit gleichsam

die Senne, die ihm goldene Eier legt. Kurzfristig mähte es die Saat, kaum daß sie in die Halme zu schießen begann, lange ehe daß sie zur Ernte heranreifen konnte. Volkswirtschaftler, Ärzte, Hygieniker, Postiker, Menschenfreunde haben eine bergelohne wissenschaftliche Literatur darüber zusammengetragen. Sie hat in wertvoller Weise den Kampf unterstützt, den die Arbeiterklasse aller Länder angesichts der internationalen Erscheinung internationaler aufnahmen, um durch gesetzliche Vorschriften die Frauen, Jugendlichen und Kinder gegen ein Übermaß schädlicher Arbeitsbedingungen zu schützen. Die Arbeiterklasse war sich bewusst, daß sie damit ihre eigene Zukunft, die Zukunft der Menschheit schützte. In allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft ist es zum mindesten zu den Anfängen eines gesetzlichen Schutzes der Kinder, Jugendlichen und Frauen gekommen. Die wichtigsten einschlägigen Bestimmungen haben sich einander immer mehr international angenähert, haben sich immer mehr international angeglichen. Erklärlich genug bei der Internationalität des Kapitalismus, die zu einer größeren und festeren Verflechtung des Wirtschaftslebens der Völker führte.

Die so dringende Entwicklung des gesetzlichen Arbeiterinnen- und Jugendschutzes ist leider durch den Weltkrieg unterbrochen worden. Und das gerade in einer Zeit und unter Umständen, wo seine weitere, gründliche Ausgestaltung doppelt und dreifach notwendig wäre. In der Tat: seit Kriegsausbruch hat zumal die Erwerbsarbeit der Frauen, aber auch die der Jugendlichen binnen kürzester Frist einen kaum geahnten Umfang erreicht und nimmt ständig zu. International, und nicht nur in den kriegführenden Ländern, vielmehr auch in den neutralen Staaten, auf die typische Begleiterscheinungen des Krieges übergreifen. Wir brauchen hier nicht die Gründe aufzuzeigen, warum insbesondere der Zustrom von Frauen zur Erwerbsarbeit gerade in den kriegführenden Ländern am reichendsten ist. Und was sehen wir angesichts dieses Vorgangs? Daß die bescheidenen Dämme des gesetzlichen Schutzes erwerbstätiger Frauen und Jugendlicher nicht erhöht worden sind, im Gegenteil, daß sie niedergedrückt wurden, denn Notverordnungen haben sie außer Kraft gesetzt. Ebenfalls international. Und international treten die Folgen dieses Standes der Dinge zutage. Man erinnere sich der amtlichen Feststellungen, wie erheblich sich zum Beispiel die Gesundheit der Arbeiterinnen in den englischen Munitionsfabriken verschlechtert hat. Aus allen kriegführenden Ländern liegen Befundungen darüber vor, daß die fast ungeschützte Erwerbsarbeit der Frauen und Jugendlichen die verhängnisvollsten Folgen zeitigt, und das nicht lediglich in gesundheitlicher Beziehung, nein, auch für die geistig-sittlichen Entwicklungsbedingungen des nachwachsenden Geschlechts. Auch betreffs der Arbeit von Frauen und Jugendlichen bewahrheitet es sich, daß der Krieg alle Wesenszüge und Gegensätze der kapitalistischen Ordnung auf die Spitze treibt. Studierte und Unstudierte, Kirchengläubige und „Neuheiden“ ringen die Hände über die Bevölkerungsabnahme und fordern „volle Wiegen“, „volle Kinderstuben“. Die Arbeits- und Existenzbedingungen großer Frauenscharen aber vernichten die gesunde Kraft des Mutter Schoßes, machen es ungezählten Müttern unmöglich, lebensstarke Kinder zu tragen, zu gebären und zu erziehen. Die Arbeits- und Existenzbedingungen sehr vieler Jugendlichen wirken dem Erlblühen leiblich und geistig kraftvoller Eltern entgegen. International und nicht etwa bloß in dem einen oder anderen Lande.

Einem natürlichen Geschehen gleich erhebt sich der Widerspruch gegen die kurz gekennzeichnete Entwicklung. Es wäre traurig, wenn er nicht am lautesten, am dringlichsten aus den Reihen der aufgeklärten, organisierten Frauen selbst ertönen würde: international. Und das ist erfreulicherweise der Fall. Wir verweisen auf die Forderungen, die unsere Genossinnen in Österreich und Ungarn erhoben haben. Sie sind im wesentlichen die gleichen, für die die organisierten Proletarierinnen Großbritanniens unter Führung von Genossinnen kämpfen, für die die italienischen Sozialistinnen im

Bunde mit der Partei eintreten, für die unsere Schwestern in Rußland, Frankreich und Bulgarien wie in den neutralen Ländern sich einsetzen. Müssen wir erst besonders versichern, daß es auch die Forderungen der Genossinnen, der organisierten Proletarierinnen in Deutschland sind?

Gewiß: der geheißene Schutz ist nichts Neues. Was unsere Genossinnen international fordern — mag es sich um die Wiederherstellung vorübergehend aufgehobener Vorschriften handeln oder um weitere, durchgreifendere Maßregeln —, sind Reformen, die die Arbeiterklasse aller Länder seit vielen Jahren mit Einmütigkeit bei ihrer Markunggebung heischte. Für diese Reformen wird auch die dritte Internationale der Arbeiter ihre Kraft einsetzen müssen. Wir begrüßen es, daß die Genossinnen der einzelnen Länder schon jetzt die Entwicklung zur Wiederherstellung und zum weiteren Ausbau des gesetzlichen Schutzes der erwerbstätigen Frauen und Jugendlichen vorwärts zu drängen suchen. In Deutschland haben zu diesem Ziele die Genossinnen Biech und Hanna als Vertreterinnen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletarierinnen unter dem 24. März eine Petition an den Reichstag gerichtet. An den erwerbstätigen Frauen, an den Müttern und Schwestern erwerbstätiger Jugendlicher ist es, mit Energie und Hingabe im Sinne der Eingabe zu wirken. Selbst ist nicht nur der Mann, selbst ist auch die Frau, und die Stimme vieler Frauen wird gehört, wenn der Wunsch einzelner kein offenes Ohr findet. Die Petition und ihre Begründung mag hier für sich selbst sprechen, die ihr angefügten ärztlichen Gutachten veröffentlichen wir in einer folgenden Nummer.

Petition an den Deutschen Reichstag betreffend Arbeiterinnen- und Jugendschutz.

Die Unterzeichneten richten an den Reichstag die dringende Bitte:

1. Um Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach welchem der Reichszentralrat für die Dauer des Krieges die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz außer Kraft setzen kann.
2. Um Einführung des Achtstundentages für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie (Großeisenindustrie, Bergbau, Erdarbeiten, Müllabfuhr und andere mehr) beschäftigten weiblichen Personen.

Begründung.

Die Aufhebung der Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz durch das Notgesetz vom 4. August 1914 erregte von vornherein Bedenken, die man aber zurückstellte, weil allgemein mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet wurde und deshalb gesundheitliche und sittliche Gefahren für die Arbeitenden bei einer bloß vorübergehenden Beseitigung der Schutzbestimmungen nicht zu erwarten waren. Dies um so weniger, als auch in dem Ministerialerlaß vom 10. August als allgemeine Ansicht hervorgehoben wurde, daß bei der Bewilligung von Ausnahmen mit großer Vorsicht zu verfahren sei, und daß insbesondere Ausnahmen von den Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern nur in den dringendsten Notfällen gewährt werden sollten.

In Wahrheit hat die Erwerbsarbeit der Frauen, der Jugendlichen und Kinder in einem Maße zugenommen, wie sie niemand vorausgesehen hat.

Die Frauen sind in Berufe eingedrungen, die ihnen bisher verschlossen waren und die für den weiblichen Organismus schlechthin schädlich sind oder wenigstens nur bei den sorgfältigsten Schutzbestimmungen ohne tiefgreifende Schäden ausgeübt werden können. Es sei nur erinnert an die Beschäftigung mit gewerblichen Giften in der chemischen und der Sprengstoffindustrie, an das Heben schwerer Lasten bei der Geschloßfabrikation, in den Hüttenwerken und andere mehr.

Die Beschäftigung von Frauen, jugendlichen und kindlichen Arbeitskräften in einem über die Bestimmungen der Gewerbeordnung hinausgehenden Umfang ist auch nicht nach den ursprünglichen Intentionen der Regierung und Parteien auf Ausnahmefälle beschränkt geblieben, sondern ist vielfach zur Regel geworden. Tausende Frauen und jugendliche Personen beider Geschlechter leisten in sehr erheblichem Umfang über-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Diese Überbürdung, in Verbindung mit der Unterernährung als Folge der außerordentlichen Teuerung und der Knapp-

heit vieler Lebensmittel, ist von verhängnisvollen Folgen für die Gesundheit der Betroffenen, die meistens auch noch von tiefem Seelenleid bedrückt sind, und für die Entwicklung der nachfolgenden Generation, die unter solch ungünstigen Verhältnissen getragen und geboren wird. Wir fügen einige ärztliche Urteile bei.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß der betreffende Zustand leider auch zu einer sehr ungünstigen Beeinflussung der noch nicht gefestigten jugendlichen Arbeiter geführt hat.

Und schließlich sei noch erwähnt, daß die dauernde Übermüdung, die zur Entkräftung und Gesundheitschädigung führt, den Eintritt der Invaldität beschleunigt und die Unfallgefahr erhöht.

Die Volksgesundheit und die Charakterentwicklung der Jugend sind also schwer bedroht.

Dabei kann der Grund: durch Einstellung von weiblichen und jugendlichen Personen ohne die Beschränkung durch die Arbeiterschutzgesetze eine Störung im Arbeitsprozeß zu verhüten, gegenwärtig auch nicht mehr geltend gemacht werden. Das „Reichsarbetsblatt“ vom Februar 1916 meldet vielmehr, daß für 188 weibliche Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen vorhanden waren. Allein in Berlin stieg im Januar 1916 gegen den Vormonat die Zahl der arbeitssuchenden Frauen von 10 700 auf 14 200, die der offenen Stellen für sie jedoch nur von 8050 auf 8220. Und ähnlich sind die Berichte sämtlicher Arbeitsnachweise, die regelmäßig ihre Einmeldungen machen: der Verband märkischer Arbeitsnachweise, der ostpreussische Verband, der polenische, die Hamburger Landeszentrale für Arbeitsnachweise, das Württembergische Staatslandesamt und der Verband westfälischer Arbeitsnachweise. Nach dem westfälischen Bericht kommen sogar auf 216,5 Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen. Aber auch die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden stieg in Berlin im Januar von 11 700 auf 16 100 und die der offenen Stellen nur von 11 350 auf 13 400.

In dem schon erwähnten Ministerialerlaß vom 10. August 1914 heißt es aber ausdrücklich: „Bei der Bewilligung von Ausnahmen müsse unter allen Umständen beachtet werden, daß dadurch die Arbeitsgelegenheit der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Männer nicht vermindert werde.“

Durch die Überarbeit der Beschäftigten ist nunmehr die Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Männer und Frauen eingetreten.

Damit steht die weitere Zulassung von Ausnahmen im Widerspruch zu dem Willen der Gesetzgeber und dem klaren Wortlaut der ministeriellen Ausführungsbestimmungen; die Beseitigung der Ausnahmen wäre also ein Akt der Gerechtigkeit und eine segensreiche sozialpolitische Tat.

Die Aufhebung des Notgesetzes und die Einführung der Achtstundenschicht für Frauen, mindestens in der Schwerindustrie, würde Tausenden Beschäftigung und Verdienst geben und viel Not und Sorge von der Arbeiterschaft nehmen.

Die Unterzeichneten erwarten deshalb, daß im Interesse der Arbeitenden und im Interesse der Volksgesundheit ihre Worte Beachtung finden und ihre Bitte erfüllt wird.

Für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands: Luise Zieg.
Für das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Gertrud Hanna.

Aus der Bewegung.

Der Bopf, der hängt ihm hinten. Ein Berliner Mitarbeiter der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ist über die Stellungnahme der Berliner Parteiorganisation zum Parteistreit sehr erbozt. Er spricht von einer „heimtückischen Agitation“, beschwört das Gespenst des zum Anarchismus abgeschwankten Most und was derlei parteigenössliche Liebeshwürdigkeiten mehr sind. Besondere Freude macht ihm die Tatsache, daß die Entschliebung des Groß-Berliner Zentralvorstandes mit nur 34 gegen 24 Stimmen zustande kam. Daran knüpft er folgende, für seine Wertung der Frau als Genossin und politisch mündige Mitstreiterin charakteristische Ausführungen:

„Betrachtet man die Namen der Vorstandsmitglieder, dann fällt sofort auf, daß sich unter den 34 Stimmen für die Haasfraktion auch die von 8 weiblichen Mitgliedern (9 sind es im ganzen) befinden. Die Mehrheit ist also in der Hauptsache durch die Stimmen der Genossinnen zustande gekommen. Keinesfalls wollen wir damit ein abschließendes Urteil über die Genossinnen aussprechen, die Überzeugung aller in allen Ehren. Es ist einfach ganz natürlich, daß die Frauen stärker als die Männer von Gefühlsregungen geleitet werden. Die Teuerungsverhältnisse sind zweifellos für manche Genossinnen

ein stärkeres Motiv für ihre Abstimmung gewesen, als die meisten sich dessen bewußt waren.“

Diese Bemerkung soll offenbar die Vollgültigkeit, die politische und geschichtliche Bedeutung der Stellungnahme abschwächen. Sie heißt soviel als: den Frauen kann man ihre Entscheidung nicht so übel nehmen. Vergib ihnen, Herr, denn sie wissen nicht, was sie tun. Von dem Geschlecht der Genossinnen redet man, aber ihre sachliche Entscheidung meint man. Ob der Verfasser des Artikels sich wohl auch der „größeren Erregbarkeit“ der Frauen erinnert haben würde, wenn alle Genossinnen für die rechts gerichtete Parteilichkeit gestimmt hätten! Uns will bedünken, daß in diesem Falle auf seiner eigenen Seite die unsachliche „größere Erregbarkeit“ zu finden ist, die das Urteil trübt. Will der Kritiker der Berliner Entscheidung die grundsätzliche Stellungnahme aller parteioppositionellen Genossen etwa auch mit dem bequemen Schlagwort der „größeren Erregbarkeit“ erklären? Es ist immer das gleiche Spiel in den Dingen: Mephisto mag sich noch so sehr als gewandter Weltmann gebärden, der Pferdefuß kommt doch einmal zum Vorschein. Und mancher Genosse trägt noch ein gut Stück ehrhämigen Philisterdünkels mit sich herum.

Er dreht sich rechts, er dreht sich links,
Der Bopf, der hängt ihm hinten.

Genossin Zieg ist vor einigen Wochen leider schwer erkrankt und zurzeit noch außerstande, die an sie eingehenden Zuschriften selbst zu beantworten. Hoffentlich wird ihre Genesung bald erfolgen, das ist sicher der Wunsch, in dem sich alle Genossinnen beugen.

Notizenteil.

Unterm Belagerungszustand.

Aus der Schutzhaft entlassen wurde Anfang April der Herausgeber der „Nichtstrahlen“, Genosse Julian Borchardt-Berlin. Er befand sich seit dem 12. Februar in Haft, ohne daß der Grund dafür bekannt geworden wäre. — Entlassen wurde um dieselbe Zeit aus der Schutzhaft Genosse Kasler-Düsseldorf. Sein Haftbefehl war bereits am 2. Februar vom Untersuchungsrichter aufgehoben worden. Er blieb aber trotz seiner Freisprechung in Schutzhaft. Die Haftentlassung kam jetzt ganz unerwartet.

Eine Frau in militärischer Schutzhaft. Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ ist in Berlin die Geschäftsführerin des Bundes „Neues Vaterland“, Fräulein Jannasch, in militärische Sicherheitshaft genommen worden. Es fand vorher in den Räumen des Bundesverlags eine Hausdurchsuchung statt. Der Verlag nennt sich jetzt Jannaschverlag.

Für den Frieden.

Wachstum der sozialistischen Opposition in Frankreich. Der Nationalrat der französischen Partei, ein Mittelglied zwischen Parteitag und Parteiauschuß, hat am 9. und 10. April in Paris getagt. Er nahm Stellung zur Friedensfrage und insolge dessen auch zu der Fraktionspaltung in der deutschen Sozialdemokratie. Genauere Berichte über die Verhandlungen fehlen noch.

Selbst die vollkommen nationalisierte französische Parteilichkeit hat eine runde Ablehnung der Friedensarbeit nicht mehr gewagt. Die Stimme der auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz stehenden Parteilichkeit ist von bloß einigen Duzend auf 960 — gegen 1996 Mehrheitsstimmen — emporgeschwollen. Trotzdem die Sozialdemokratie in Frankreich nicht die gepriesene deutsche Organisation besitzt, bedeutet sie im öffentlichen Leben eine praktisch größere Macht. Danach ist die Bedeutung dieser Entwicklung zu beurteilen. Die vom Nationalrat angenommene Resolution lautet:

Die Bildung einer entschiedenen sozialistischen Minderheit in Deutschland sei geeignet, das Herannahen des Zeitpunktes zu beschleunigen, in dem die internationale sozialistische Aktion sich wieder auf festen und bestimmten Grundlagen werde betätigen können.

Die Tagesordnung betont ferner, daß die Partei jede Beziehung mit dem von der Konferenz in Zimmerwald eingesetzten Ausschuss ablehnt, und daß sie gegen jeden Versuch protestiert, dem früher in Brüssel und gegenwärtig im Haag bestehenden Internationalen Bureau ein anderes zu substituieren.

Man vergleiche den Ton und Wortlaut dieser Entschliebungen mit den früheren, um den Fortschritt zu begreifen. Der entschiedene Widerstand gegen jede gemeinsame sozialistische Aktion überhaupt ist geschwunden. Man beschränkte sich auf Ablehnung der Zimmerwalder Methode, die aber zugleich im siegreichen

Vordringen ist. Die Zugeständnisse, die im Hinblick auf die Stimmung in den sozialistischen Organisationen ihr von den Instanzen gemacht werden müssen, sind deutlich. Noch fehlt es dieser Opposition an Zielklarheit und prinzipieller Festigung. Inwiefern und wie rasch sie auch hierin Fortschritte machen wird, liegt wieder zu einem großen Teil an dem Beispiel, das ihr die deutsche Parteilinderheit geben wird.

Drei Friedensmartyrer der schwedischen Arbeiterklasse. Seit Anfang des Krieges ist in Schweden eine kleine, rührige, einflussreiche Gruppe am Werk, die das Land in den Weltbrand hineinstürzen möchte. Die Regierung hat dieser gefährlichen, „aktivistischen“ Propaganda ruhig zugehört. Anders die Masse der Arbeiterklasse, soweit sie eine selbständige, sozialistische Weltanschauung besitzt. In der sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften wurden schon im vorigen Sommer Stimmen laut, die die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses forderten zur Beratung und Ergreifung von Maßnahmen gegen den Krieg. Vor allem sollte auch die Frage der außerparlamentarischen Aktionen erörtert werden. Als im Anfang dieses Jahres das Treiben der „Aktivisten“ immer gefährlicher wurde, sandten die Arbeiterorganisationen im ganzen Lande massenhaft Eingaben an die Landeskommission der Gewerkschaften und den Parteivorstand mit der Aufforderung, sofort einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Auch der Vorstand des Jugendbundes, der zugleich gewissermaßen den Verband des linken Flügels in der Partei darstellt, wandte sich in dem genannten Sinne an die Vorstände. Die Forderung wurde zweimal abschlägig beschieden. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit derselbe tiefgehende Riß in der sozialdemokratischen Partei Schwedens, der mit dem Krieg in fast allen Parteiorganisationen der zweiten Internationale scharf zutage getreten ist. Die führenden Parteigenossen und Instanzen sind opportunistisch gesinnt, wollen von einem Klassenkampf außerhalb des Parlaments nichts wissen, hoffen im Gegenteil durch kluges Savieren sich in die Ministerien und Regierungsbureaus emporzuarbeiten, um dann dort „Arbeiterinteressen“ zu vertreten. Die üblen Früchte dieses Ministerialismus hatte die Arbeiterklasse früher in der Schweiz und in Frankreich zu beobachten Gelegenheit, jetzt feiert er auch in England, am deutlichsten bei der „Arbeiterregierung“ Australiens schismatische Triumphe. Er führt ganz naturgemäß zu einer weitgehenden Solidarität mit dem kapitalistischen Staat in allen auswärtigen Angelegenheiten. Um im Sinne des Ministerialismus wirken zu können, muß man sich auf den „nationalen“ Boden stellen. Diese auch in der schwedischen Partei- und Gewerkschaftsbureaucratie immer mehr zur Herrschaft kommende Richtung macht das Verhalten der Vorstände erklärlich.

Der Jugendbund ließ aber nicht locker. Die Sache war von höchster Wichtigkeit, und angesichts der durch den Handelszweist mit England zugespihten auswärtigen Lage konnte keine Zeit mehr verloren werden. Der Vorstand des Jugendbundes berief also zum 18./19. März einen Kongreß der sozialistischen Jugend Schwedens, zu dem auch Gewerkschaften und Parteiorganisationen eingeladen waren. Jetzt brannte dem Parteivorstand und der Landeskommission das Feuer auf den Nägeln. Die beiden Leitungen beriefen eine gemeinsame Plenarsitzung und sprachen sich mit größter Entschiedenheit gegen den Kongreß des Jugendbundes aus. Es wurde ein Manifest in diesem Sinne verbreitet.

Trotzdem fand natürlich der Kongreß des Jugendbundes statt. Die Bescheidung übertrug alle Erwartungen. Die Tagung vereinigte 265 Delegierte von Jugendorganisationen, Parteiorganisationen und Gewerkschaften, die zusammen einen Stamm von 40 000 organisierten Proletariern vertraten. Da außerdem in vielen Arbeiterorganisationen, die keinen Vertreter entsandten, Sympathiefundgebungen stattfanden, so stand also die große Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter in Schweden — die Partei zählt kaum 80 000 Mitglieder — hinter dem Kongreß. Dieser beschloß einstimmig ein Manifest, in dem das Mittel eines umfassenden Generalstreiks empfohlen wurde.

Das war eine bittere Pille für die Parteioffiziellen. Aber sie rühten sich. Der Vorstand des Jugendbundes hatte mit der Einladung ein vertrauliches Rundschreiben versandt. Die opportunistische Parteipresse, an der Spitze der Stockholmer „Socialdemokraten“, haben das Schreiben flugs veröffentlicht. Das war in seiner Wirkung nichts anderes als eine Warnung an die Regierung.

Der Arbeiterfriedenskongreß hatte einen Strich gemacht durch die Rechnung der schwedischen Kriegsbeher. Ihre Presse erhob ein Wutgeheul. Ihnen zuliebe beeilten sich die Behörden, die in der offenen Kriegsagitation keine Gefahr für das Land erblickt hatten,

gegen die Friedenskämpfer einzuschreiten, drei Teilnehmer des Kongresses zu verhaften: den auch im Ausland bekannten Reichstagsabgeordneten G. Höglund, den Mitarbeiter am Hauptorgan der Partei, Dr. E. Hedén, der auf dem Kongreß das Referat über den Generalstreik gehalten hatte, und den als Vertreter der anarchohndikalistischen Organisation eingeladenen Gast, Redakteur L. Olieund. Die Anklage lautet auf Hochverrat, ein Verbrechen, für das eine Strafe von mindestens zwei Jahren Zwangsarbeit, in schweren Fällen Todesstrafe vorgesehen ist.

Die schwedische Regierung befolgt darin die auch sonst beliebte Methode, eine unbequeme, aber wachsende Massenbewegung ihrer geistigen Führer zu berauben und dadurch zu verwirren und zu desorientieren. Sie kann hierbei auf die Mithilfe der Parteiopportunisten rechnen, die sich nur zu einer ganz milden Rüge aufschwingen für das willkürliche Vorgehen der Regierung, das selbst der hervorragende Kenner des schwedischen Strafrechts, der Justitiombudsman (vom Reichstag bestellter Überwacher der Gesetze) für ungefährlich erklärte. Im Vergleich mit dem scharfen Ton, den sie gegen ihre Gegner in den eigenen Reihen anwenden, beweist das, wie weit schon die Gedanken und Bestrebungen der „Ministeriellen“ sich vom Boden der revolutionären Sozialdemokratie entfernt und dem kapitalistischen Staate angepaßt haben. In der schwedischen Arbeiterklasse hat aber beides, das Verhalten der offiziellen Partei wie das Vorgehen der Behörden einen Sturm des Unwillens hervorgerufen.

Wohin der Ministerialismus führt, zeigt sonnenklar das Beispiel des sogenannten „Arbeiterministeriums“ in Australien. Nicht der kapitalistische Staat wird durch die Arbeiterminister in eine sozialistische Gesellschaft umgewandelt, sondern aus den Vertretern der Arbeiterklasse werden die Diener der Besitzenden. Der imperialistische Weltkrieg ist es, der mit unerbittlicher Konsequenz zu diesem Ende führt, in England, in Frankreich, zumeist in Australien, weil hier der sozialistische „Ministerialismus“ am weitesten gediehen ist, die größten scheinbaren „Erfolge“ errungen hat. Einmal auf die Bahn der Unterstützung des Krieges und des Militarismus gedrängt, gab es hier kein Halten mehr. Es mußte sich eine Kluft auftun zwischen den Arbeiterministern und der Masse der Arbeiterklasse, und jeder Tag macht diese Kluft breiter und unüberbrückbarer. Schritt für Schritt drängt die innere Logik der Geschichte die Arbeiterminister weiter hinüber in das Lager der Klassenfeinde des Proletariats. Es war schon ein Hohn auf alle Grundzüge der Demokratie, daß dieses Ministerium sich, als der Krieg ausbrach, sofort mit unbefchränkten Vollmachten ausrüstete. Die Vollmachten waren freilich ursprünglich nur für militärische Dinge gedacht, sie wuchsen sich aber bald aus zur rigorosen Beschränkung der Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit. Und das um so mehr, als die Arbeiterklasse, je klarer der wahre Charakter des Krieges hervortrat, desto heftiger für ihre Klasseninteressen einzutreten sich gezwungen sah. Die Zensururkunden in den australischen Arbeiterblättern sind ein beredter Beweis für die „Lüchlichkeit“ des Arbeiterministeriums, zugleich aber auch ein Zeugnis für die zunehmende Unzufriedenheit der Arbeiter und das stetige Anwachsen des oppositionellen Geistes in ihren Reihen. Besonders deutlich tritt dies in der Haltung der Arbeiterorganisationen zu dem von der Regierung betriebenen Werbefeldzug für die Armee zutage. Eine Reihe der größten Arbeiterorganisationen, wie die Industrieräte in Brisbane, Melbourne und andere, haben sich gegen diese Kampagne ausgesprochen. Die Organisationen der Frauen und die sozialistische Partei kämpfen bekanntlich entschlossen gegen die militaristische Richtung der Regierungspolitik. Nun ist es höchst bezeichnend, wie das „Arbeiterministerium“ diese Opposition bekämpft. Als neulich der Ministerpräsident Sydney besuchte, hielt er im Arbeitervolksklub eine heftige Rede gegen die antimilitaristischen Arbeiter:

„Sie sind keine Gewerkschafter — sagte er — sie sind keine Sozialisten, sie sind Anarchisten — Feinde der Gesellschaft und alles dessen, wofür die Gewerkschaften kämpfen. Auf sie braucht man keine Rücksicht zu nehmen. Man muß sie bekämpfen mit der Grausamkeit und der Kraft eines bengalischen Tigers. Sie kennen weder Grundzüge noch sind sie Argumenten zugänglich. Religion brauchen sie nicht. Nur eins verstehen sie zu würdigen — die nackte Gewalt!“

Die nackte Gewalt gegen die eigenen Klassengenossen! Das ist die letzte und äußerste Konsequenz einer opportunistischen, nurparlamentarischen Politik. Nicht überall natürlich wird der Ministerialismus solche extremen Früchte zeitigen. In dem einen Lande steht die beschränkte Brutalität der Herrschenden hindernd im Wege, in einem anderen halten die Massen selbst ihre Führer vor dem Schlimmsten zurück. Aber die Tendenz der ganzen Bewegung

führt dahin. Es ist nur folgerichtig, wenn sie dort endet. Denen, die uns den Segen des Ministerialismus in rosigen Farben vor Augen malen, muß das Proletariat beizeiten antworten wie der Fuchs dem Löwen: die Spuren schreden.

Friedenskundgebungen in Lugano. Am Samstag, den 1. April, sellen Berliner Blättern zufolge Tausende von Frauen aus Lugano und Umgebung heftige Kundgebungen veranstaltet haben, wobei Rufe laut wurden wie: „Nieder mit dem Krieg! Schickt uns unsere Männer nach Hause! Gebt uns Brot für unsere Kinder!“ An vielen Geschäften wurden Fenster eingeschlagen. Die Kundgebungen sollen sich hier und da zu Revolten gesteigert haben. Die Polizei mußte sich zeitweilig zurückziehen. Erst auf die Einnischung angesehener Bürger hin hörten die Kundgebungen auf. Die deutsche bürgerliche Presse mahnt, diese Nachrichten mit Vorsicht aufzunehmen unter Hinweis auf ähnliche Gerüchte im Ausland, die behaupten, in Berlin seien Maschinengewehre auf die hungernden Volksmassen gerichtet worden. —

Der Maiaufruf der italienischen Partei. Das Organ der V. S. P., „Justice“, veröffentlichte — wie wir deutschen Tageszeitungen entnehmen — in gedrängter Form den Inhalt eines Manifests, das der italienische Parteivorstand vor kurzem erlassen hat. Darin wird der Beschluß bestätigt, alle Kräfte der Partei der Reorganisation der sozialistischen Internationale im Geiste der auf der Zimmerwalder Konferenz angenommenen Entschliebung zu widmen. Hand in Hand mit dem Proletariat der anderen Länder soll eine verstärkte Agitation für die schnelle Einstellung des Krieges durchgeführt werden. Der italienische Parteivorstand schlägt ferner der Berner Kommission vor, für den 1. Mai dieses Jahres eine gleichzeitige internationale Kundgebung für den Frieden zu veranstalten. Zum Schlusse ruft der Parteivorstand auf zur Fortsetzung des unerbittlichen Kampfes gegen alle, die für den Krieg verantwortlich sind, warnt zugleich die Genossen vor solchen Handlungen, die, wenn auch indirekt, als Ausöhnung mit der geschaffenen Lage ausgelegt werden können, und gibt seine entschiedene Absicht kund, alle Möglichkeiten auszunutzen, um durch unmittelbare Einnischung der Arbeiterklasse der jetzigen schmachvollen Lage ein Ende zu bereiten. — Diesen mannhaften Worten ließ die italienische Partei gleich eine Tat folgen. Für den 1. Mai wurden überall Versammlungen einberufen. Wie der „Schwäbische Merkur“ mitteilt, hat die italienische Regierung die Versammlungen genehmigt. Sie ist also vor dem steigenden Volksunwillen zurückgewichen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Ein Gruß des Pariser Aktionskomitees sozialistischer Frauen für den Frieden und gegen den Chauvinismus wird allen Sozialistinnen eine besonders herzliche, ermutigende Freude sein. Er lautet:

Das Komitee sendet den sozialistischen und proletarischen Frauen aller Länder den Ausdruck seiner wärmsten Sympathie zum „Frauentag“. Es hofft und wünscht von ganzem Herzen, es möge recht vielen sozialistischen Frauenorganisationen gelingen, freier und offener, als dies ihm selbst möglich ist, die Frauenwelt aufzufordern, ihren heißesten Wunsch zu äußern: den Wunsch nach baldigster Beendigung des furchtbaren Völkerringens, das die Erde seit neunzehn Monaten mit Blut überströmt; die Frauenwelt aufzufordern, in zahlreichen Versammlungen mit lauter Stimme das bei uns verpönte Wort „Frieden“ auszusprechen.

Wir fühlen uns solidarisch mit den sozialistischen Proletariern der sogenannten feindlichen Nationen, mit den Proletariern, die wir nicht mit deren Ausbeutern verwechseln, ebensowenig wie wir mit unseren Machthabern verwechselt werden wollen. Wir fühlen diese Solidarität um so stärker, je eifriger unsere einzigen, unsere wahren Feinde, bemüht sind, uns zum Hass gegen die ausländischen Proletarier aufzustacheln. Die Versicherung unserer herzlichsten, wärmsten Sympathie entbieten wir somit unter den jetzigen Verhältnissen gerade den sozialistischen und proletarischen Frauen der sich mit uns im Kriege befindenden Länder und ganz besonders der Proletarierinnen Deutschlands, namentlich allen Genossinnen, die heldenhaft und von glühender Überzeugung befeelt, aufopferungsfreudig für den Sozialismus, für den Frieden kämpfen.

Das Komitee erneuert das von seinen Mitgliedern beim Eintritt in die große sozialistische Familie abgelegte Gelöbnis der proletarischen Solidarität. Einer jeden und einem jeden sendet es brüderlichen Gruß, einen traurigen, schmerzvollen Gruß, der aber

vom unerschütterlichen Glauben an die Zukunft des Proletariats getragen ist. Für das Komitee: Louise Saumoneau, Paris.

Der sozialistische Frauentag in Holland, der die großzügige Propagandalampagne für das allgemeine Frauenwahlrecht abschließt, wurde auf den 16. April festgesetzt. Zur Agitation dafür haben der Vorstand sozialdemokratischer Frauenvereine und die sozialdemokratische Arbeiterpartei in einer Massenaufgabe nachstehenden Aufruf verbreiten lassen, den wir dem „Vorwärts“ entnehmen:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Bund sozialdemokratischer Frauenklubs, unterstützt von dem im Verband niederländischer Fachvereine organisierten Proletariat, rufen die Frauen zu einer eindrucksvollen Kundgebung für das Frauenwahlrecht auf. Diese Kundgebung hat eine besondere Bedeutung.

Bis jetzt wird in unserem Lande die ganze Regierungsmacht durch Männer allein ausgeübt.

Keine einzige Frau hat das Recht mitzustimmen, wenn es gilt, die Mitglieder der Zweiten Kammer, der Provinzialstaaten oder des Gemeinderats zu wählen. Die Ausschließung der Frau von dem wertvollsten Bürgerrecht sehen wir als ein großes Unrecht an. Es ist eine Minderwertigkeitserklärung der ganzen weiblichen Hälfte des Menschengeschlechts. Es ist obendrein ein Unrecht, weil die Gesezte, die allen auferlegt werden, auch von allen gemacht werden müßten. In mancher Hinsicht trägt denn auch die Gesezgebung die Spuren ihrer einseitigen Zusammensetzung zum großen Nachteil für die Frau.

Wir stehen jetzt in unserem Lande vor einer Verfassungsreform. Unter dem starken Druck der Arbeiterklasse haben die Regierenden endlich begriffen, daß es nicht angeht, die halbe Million Männer, die noch vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, in diesem rechtlosen Zustand zu belassen. Die Regierung schlägt vor, das allgemeine Wahlrecht für die Männer einzuführen.

Für die Frauen schlägt sie nur vor, die Hindernisse gegen das Frauenwahlrecht wegzuräumen, die jetzt die Verfassung enthält. Weiter geht sie nicht. Wenn diese Reform zustande kommt, so wie die Regierung will, dann bleiben vorderhand alle Frauen von dem Wahlrecht ausgeschlossen.

Hiermit können wir uns unmöglich zufrieden geben. Die Regierung stellt das allgemeine Männerwahlrecht auf, weil sie erklärt, Ehrerbietung vor dem Volkswillen zu haben. Nun wohl, bereits 1911 hat die glänzend aufgenommene Massenpetition unserer Partei Zeugnis abgelegt von dem Volkswillen, der sich für allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen in der Verfassung aussprach. Auch die große Anzahl Unterschriften, die in kurzer Zeit durch die „Vereinigung für Frauenwahlrecht“ für die grundsätzliche Gleichstellung von Mann und Frau gesammelt worden sind, bedeuten einen starken Ausdruck in derselben Richtung.

Seitdem ist der Krieg gekommen. Seine Folgen, auch für die neutralen Länder — die Zunahme der Frauennarbeit, die wachsende Schwere der Lasten, die auf die Hausfrau drücken —, machen die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts in immer weiteren Kreisen fühlbar. So hat es auch Dänemark verstanden. Mitten in dem gegenwärtigen Kriegsbrand vollendete dies kleine Land die vollständige Gleichberechtigung der Frauen. Es folgte dem Vorbild von Norwegen, wo seit 1913 das allgemeine Frauenwahlrecht besteht. In allen Ländern, wo das Frauenwahlrecht eingeführt ist, machen sich die segensreichen Folgen davon bemerkbar.

Sorgt nun, Frauen, daß auch in unserem Lande der Volkswille nochmals kräftig zum Ausdruck gelangt.

Verlangt, daß man den Wert eurer Arbeit anerkennt. Sei es, daß ihr in der Fabrik oder in der Werkstatt, als Diensthote oder in anderen häuslichen Diensten schafft; sei es, daß ihr als Arbeiterfrauen eure unbezahlte Hausarbeit verrichtet und die so hohe und schwierige Aufgabe als Erzieherinnen unter Sorge und Not erfüllt; sei es, daß ihr als Lehrerinnen, Krankenpflegerinnen oder bei sonst einer Tätigkeit eure Arbeitskraft gebt: fest steht, daß das gesellschaftliche Leben ohne euch zugrunde gehen und erstarren müßte. Begreift das und verlangt mit uns: zu den Pflichten müssen Rechte treten! Niemals war es so nötig, daß ihr euer Verlangen aussprecht, euren Anteil zu haben an der Macht, um das Leid zu bekämpfen, das der Kapitalismus der Arbeiterklasse zu tragen gibt. Denn jetzt, wo die Teuerung die Arbeiterklasse heizelt, wo die Regierenden Milliarden für den Militarismus verausgaben, wodurch der Kampf für die notwendige Reform nur noch dringender wird, jetzt bedarf die Arbeiterklasse ihrer ganzen Kraft für die Eroberung der politischen Macht. Sie bedarf ihrer ganzen Kraft, um die kapitalistische Gesellschaft, die sich auf dem Elend der Massen aufbaut, durch die sozialistische zu ersetzen, wo die Arbeit aller das Glück und die Wohlfahrt aller zum Ziele hat. Die

volle Macht kann das Proletariat niemals erringen, wenn nicht auch die Frauen an der politischen Machtverteilung teilzunehmen vermögen.

Frauen, blickt auf eure Schwestern in den kriegsführenden Ländern! Inmitten der unerträglichen Leiden fanden die Frauen selbst in Deutschland und Österreich die Kraft und den Mut, den Frauentag zu veranstalten. Sie halten fest an dem Tag, der von der Sozialistischen Fraueninternationale beschlossen worden ist.

Euch eins in Ziel und Sinn mit den ausländischen Schwestern zu fühlen in dem Kampf für das Frauenwahlrecht, der zugleich ein Kampf für den Frieden ist, das ist für euch ein herrlicher Gedanke. Laßt euch davon befeelen, strömt zu vielen Tausenden in unsere Versammlungen. Laßt unsere Forderungen über das ganze Land klingen:

Wir wollen das allgemeine Frauenwahlrecht in der Verfassung!

Wir wollen es im Namen der Demokratie, im Namen der Erhebung der Frau, im Namen der Menschlichkeit!

Wir hoffen, in nächster Nummer über den Frauentag und seinen Erfolg berichten zu können.

Frauenstimmrecht.

Die Neuorientierung der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung nach rückwärts ist nun fertige Tatsache. Am 18. und 19. März haben die Generalversammlungen der beiden ältesten bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen in Deutschland — der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht und die Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht — ihre Verschmelzung zu einem Deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht beschlossen. Doch nicht diese Verschmelzung ist das kennzeichnende, sondern die Grundlage, auf der sie zustande gekommen ist. Die getrennten Schwestern konnten einander nur in die Arme sinken, weil der Verband für Frauenstimmrecht die grundsätzliche Forderung seiner Satzungen opferte: nämlich die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle großjährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts beziehungsweise des allgemeinen Frauenwahlrechts.

Die Generalversammlung des Verbandes stimmte mit 97 gegen 10 Stimmen den vorgeschlagenen Satzungen des „Reichsverbandes“ zu, die die Forderung des demokratischen Wahlrechts nicht mehr enthalten, sondern die Bestimmungen, die wir in Nr. 14 mitgeteilt haben, und die sich mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht und anderen vormärzlichen Wahlsystemen vertragen. Damit ist der „Verband“ auf den Boden der undemokratischen Auffassung getreten, auf dem die „Vereinigung“ stand, die in der Hauptsache nationalliberal gerichtete Frauen zusammengefaßt hatte. Die Generalversammlung dieser bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisation hat sich denn auch einstimmig für die Satzungen erklärt. Der vollzogenen Rückwärtsentwicklung durfte natürlich Fräulein Lischnewskas persönlicher Segen nicht fehlen. Sie brachte folgende Erklärung ein, die allgemeine Zustimmung fand: „Die Versammlung begrüßt die vollzogene Gründung des Deutschen Reichsverbandes mit großer Freude und spricht die Überzeugung aus, daß auf dem Boden der angenommenen Satzungen ein Bau errichtet ist, in den jede politisch denkende Frau eintreten kann.“

Fräulein Lischnewska und ihre Gesinnungsgenossinnen haben bei diesem frommen Wunsche offenbar an jede Frau gedacht, die nicht aufrecht auf dem Boden einer demokratischen Überzeugung steht, vielmehr rechts davon, die konservativen Anhängerinnen jedweder Art eines beschränkten Wahlrechts inbegriffen. Fräulein Lischnewska mag sich und anderen einreden, daß auch überzeugte Demokratinnen dem Deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht angehören können. Heißt es doch in der Satzung: „Er wird sein Ziel erst dann als erreicht ansehen, wenn alle deutschen Frauen volle öffentliche Rechte in Staat und Gemeinde genießen.“ Aber der Erklärung fehlt angesichts der entscheidenden Bestimmungen der Satzungen jede ernste Bedeutung. Dieser auf eine hinflüchtende Rosinante gebundene tote Eid wird die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts nie zum Siege führen. Er kann daher auch keine demokratische Gefolgschaft um sich sammeln.

In der „Frauenfrage“, dem Organ des „Bundes deutscher Frauenvereine“ lesen wir, die Einigung sei eine Frucht der „Erretens“ bestreiten? Bleibt es dennoch nicht kennzeichnend für gemeinsame Ziele? Wer wird den Vorteil „geschlossenen Eintretens“ bestreiten? Bleibt es dennoch nicht kennzeichnend für das Wesen der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung, daß sie die „einigenden gemeinsamen Ziele“ rückwärts und nicht vorwärts liegen sieht? Es stand von vornherein die Tatsache fest, daß nicht

alle bürgerlichen Frauenstimmrechtlerinnen den Abmarsch von den alten Idealen mitmachen würden. Auch unter den bürgerlichen Frauen gibt es Charakterfeste und opferbereite Befehrerinnen demokratischer Überzeugung. Wir nennen in diesem Zusammenhang nur den Namen Minna Cauer. Unterstützt von einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter hat Frau Cauer in den letzten Jahren ihre besten Kräfte darangesetzt, die Entwicklung der Frauenstimmrechtsbewegung nach rechts aufzuhalten. Die „radikale“ Minderheit hat auch in Weimar die Ehre bewahrt, für das demokratische Wahlrecht gekämpft und die Konsequenzen der Niederlage gezogen zu haben. Deshalb war die nächste Antwort auf den Wunsch, „jede politisch denkende deutsche Frau“ möge dem Deutschen Reichsverband beitreten, daß die Frauenstimmrechtsvereine von Göttingen, Halle a. d. S., Breslau und Kattowich sowie der Schlesische Provinzialverein ihren Austritt erklärten. Sie wollen ihre bisherigen Forderungen des allgemeinen Wahlrechts nicht preisgeben. Weitere Austrittserklärungen auch von einzelnen führenden Mitgliedern sind bereits erfolgt. Die „Eingigung“ fängt also mit der Abspaltung an, und es bleibt abzuwarten, ob die Frauenstimmrechtsbewegung rechts gewinnt, was sie an wertvollen, geistig und politisch treibenden Kräften links verliert.

Das Festhalten einer Führerin der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung in Süddeutschland am allgemeinen Wahlrecht. Frau Perlen-Stuttgart hat, getreu ihrer demokratischen Überzeugung, als Folge der Weimarer Beschlüsse der Frauenstimmrechtsorganisationen ihren Austritt aus dem Württembergischen Verein für Frauenstimmrecht erklärt, in dem sie seit Jahren eine führende Stellung einnahm. Diesen Schritt begründete sie in einem Schreiben an den Vorstand des Württembergischen Vereins für Frauenstimmrecht wie folgt:

„In Ergänzung zu meiner Austrittserklärung, die in der Mitgliederversammlung vom 1. April 1916 erfolgte, habe ich noch folgendes zu bemerken:

Meine Amtsniederlegung als Schriftführerin des Württembergischen Vereins für Frauenstimmrecht und meine Austrittserklärung erfolgen aus prinzipiellen Gründen, und zwar infolge des Beschlusses der Aufopferung des sachungsgemäßen Bekenntnisses des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen sowie zum passiven Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften und zu den Organen der Selbstverwaltung.

Diese Aufopferung hat zur Verschmelzung mit der Vereinigung für Frauenstimmrecht und zu dem neugegründeten Reichsverband für Frauenstimmrecht geführt. Die württembergischen Delegierten haben den Beschlüssen zugestimmt. Ich sehe in dieser Entwicklung der Organisation ein Aufgeben des grundlegenden Prinzips und habe mich deshalb dem Deutschen Frauenstimmrechtsbund angeschlossen, derjenigen bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisation, die treu und offen zu dem Bekenntnis des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen sowie des passiven Wahlrechts steht.“

Die Begründung gereicht ebenso Frau Perlen zu Ehren, wie sie die Entwicklung beleuchtet, die zu ihrem Austritt aus dem Württembergischen Verein geführt hat. Dieser hat in Frau Perlen eine seiner opferwilligsten, unerschrockensten und begabtesten Führerinnen verloren, die unablässig die innere und äußere Entwicklung der Bewegung für Frauenstimmrecht zu fördern bemüht war.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Zu Monat Februar 1916 war der Andrang von weiblichen Erwerbstätigen zu den Arbeitsnachweisen noch stärker als in den beiden Vormonaten. Es kamen nämlich im Februar auf je 100 offene Stellen 167 weibliche Arbeitsuchende, gegen 163 im Vormonat Januar und 151 im letzten Dezember. Wesentlich günstiger dagegen schnitten die männlichen Arbeitskräfte ab. Bei diesen kamen auf je 100 offene Stellen im Februar 86 und im Januar nur 84 männliche Arbeitsuchende. Der Andrang der weiblichen Erwerbstätigen zu den Arbeitsnachweisen war demnach in den beiden Monaten nahezu um das Doppelte stärker als der der männlichen.

Noch deutlicher tritt das gesteigerte Überangebot der weiblichen Arbeitskräfte in einigen Berufsgruppen in Erscheinung. So erhöhte sich die Andrangsziffer:

In der Textilindustrie . . .	von 296 im Januar auf 481 im Februar
• • Lederindustrie . . .	180 • • • 232 • •
• • Metallindustrie . . .	188 • • • 231 • •
Im Bekleidungs-gewerbe	246 • • • 271 • •
Bei Fabrikarbeit . . .	298 • • • 311 • •

Aber auch in der Zusammenstellung nach Landesgebieten kommt der erhöhte Andrang zum Ausdruck. Danach verzeichneten 11 von 23 angeführten Landesgebieten im Berichtsmonat für Arbeiterinnen eine geringere Verdienstmöglichkeit als im Vormonat Januar. Am geringsten war sie wiederum wie schon in den beiden Vormonaten im Königreich Sachsen und in Elsass-Lothringen.

Eine bessere Grundlage für die Beurteilung der Arbeitslosigkeit unter den gewerblichen Arbeiterinnen gewähren die Berichte der Fachverbände. Sie liegen für den Monat Februar von 26 Organisationen mit 129 826 befragten weiblichen Mitgliedern vor. In diesen Organisationen erhöhte sich die Zahl der weiblichen arbeitslosen Mitglieder um 762, nämlich von 11 835 gleich 8,2 Prozent auf 12 597 gleich 9,7 Prozent. Zurückzuführen ist diese Steigerung vornehmlich auf die Entlassungen in der Hut- und Textilindustrie. Wie schon in den früheren Monaten so tritt auch im Februar die überwiegend größere Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder im Vergleich zu den männlichen hervor. Und zwar betrug die Verhältnissähe Ende Februar 9,7 und 1,5. Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder ist sonach über sechsmal so groß als die der männlichen. Annähernd das gleiche Verhältnis herrschte auch Ende Januar; die fraglichen Verhältnissähen waren damals 8,2 und 1,4. Dieser Durchschnittssatz sowie der große durchschnittliche Unterschied in den Prozentsähen wird in einer Reihe Organisationen noch weit übertroffen. So betrug die Arbeitslosenziffer:

Im Verband der	Ende Dez. 1915		Ende Jan. 1916		Ende Febr. 1916	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Bäcker u. Konditoren . . .	2,0	3,9	2,9	4,1	2,1	3,5
Brauerei- u. Mühlenarbeiter	0,2	3,8	0,2	5,0	0,4	4,8
Buchdruckereihilfsarbeiter	0,6	2,5	0,7	3,4	0,7	2,2
Buchbinder	2,3	8,6	1,9	8,9	2,1	9,1
Fabrikarbeiter	0,8	3,3	0,6	3,6	0,8	3,7
Gemeindearbeiter	0,3	6,4	0,2	5,8	0,2	5,1
Glasarbeiter	5,2	29,6	3,5	34,4	2,5	34,4
Holzarbeiter	2,2	9,1	1,9	8,3	1,6	8,6
Hutarbeiter	3,4	14,2	2,3	11,1	2,0	25,2
Lederarbeiter	3,7	21,8	1,6	10,0	1,1	4,3
Metallarbeiter	0,6	5,5	0,6	6,5	0,6	6,4
Porzellanarbeiter	12,0	38,8	5,8	19,1	3,6	19,0
Sattler u. Portefeuller	1,6	7,2	1,1	7,6	1,2	5,2
Schuhmacher	1,1	3,9	0,5	3,1	0,5	4,1
Tabakarbeiter	0,1	0,9	0,2	1,1	0,2	0,8
Textilarbeiter	3,3	12,7	4,8	15,7	5,7	17,1
Transportarbeiter	0,8	1,9	0,7	1,7	0,7	1,4

Die weiblichen Mitglieder des Glasarbeiterverbandes hatten hiernach am meisten mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Von ihnen waren im Februar wie im Januar rund ein Drittel ohne Beschäftigung. Dann folgen in weiterem Abstand die Hutarbeiterinnen mit 25,2, die Porzellanarbeiterinnen mit 19,0 und die Textilarbeiterinnen mit 17,1 Prozent Arbeitslosen. Die wenigsten weiblichen arbeitslosen Mitglieder hatten, wie die Tabelle zeigt, die Verbände der Tabakarbeiter und Transportarbeiter. Vergleicht man nun die für die männlichen und weiblichen Mitglieder errechneten Arbeitslosenziffern miteinander, so weisen auch die ergebnennten Organisationen die größten Unterschiede zwischen den beiden Verhältnissähen auf.

Daß durch die Wiedereinführung der Arbeiterschutzesetze für Weibliche und Jugendliche zweifellos eine bessere Erwerbsmöglichkeit zu erzielen ist, wird schon durch das Ergebnis einer Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit in der Metallindustrie in Rheinland und Westfalen bestätigt. Nach diesen Feststellungen waren in diesen beiden Landesgebieten allein 3551 Metallarbeiterinnen länger als zehn Stunden pro Tag beschäftigt. 355 Arbeiterinnen hatten sogar eine tägliche Arbeitszeit von zwölf Stunden und 113 eine solche von länger als zwölf Stunden. Würde hier von der Regierung energisch eingegriffen, dann müßten die Unternehmer zu Neueinstellungen schreiten, und das würde nicht ohne Einfluß auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen bleiben.

Soziale Befehgebung.

Die Notwendigkeit wirksamen geschlichen Schutzes der Arbeiterinnen als Folge des Umfangs und der Art der Frauenarbeit während der Kriegszeit wurde kürzlich im „Schwäbischen Merkur“ durch die nachstehende Zuschrift „Zur Gewerbeaufsicht“ begründet: „Die Anpassung einer Reihe von größeren Betrieben

an die Kriegsverhältnisse hat für Unternehmer und Arbeiter neue Erscheinungen gebracht und neue Fragen aufgeworfen, die rasch, auf gutlichem Wege und befriedigend nur mit Hilfe der Gewerbeaufsicht beurteilt und gelöst werden können. Ältere Arbeiter zum Beispiel arbeiten jetzt an Maschinen und mit Stoffen, die sie früher nie gesehen haben. Ganz junge Leute werden oft in Ermangelung älterer Arbeiter mit Verrichtungen beauftragt, die ihnen die Unternehmer zu Friedenszeiten schon von sich aus nie übertragen hätten. In zahlreichen Betrieben, die früher Frauenarbeit nicht kannten, ist die Frau jetzt eingezogen und wird sogar teilweise zu schwereren Arbeiten herangezogen. Manche dieser Versuche haben jetzt schon ergeben, daß es sich in einer Reihe von Betrieben nur um vorübergehende Verwendung von Frauen handeln kann, so zum Beispiel sind die Betriebsleiter in der Metallindustrie wohl darüber einig, daß die Verwendung von Frauen zu auch nur etwas schwereren Arbeiten lediglich ein Notbehelf ist. Weiterhin hat sich gezeigt, daß die Frauen gewissen Chemikalien gegenüber weniger widerstandsfähig als gesunde, vernünftig lebende Männer sind. In Betrieben, in denen die Arbeit die größte Vorsicht erfordert, hat sich gezeigt, daß die Frau die Betriebsgefahren doch nicht so wie der Mann zu beurteilen vermag. Daraus ergeben sich neue Krankheits- und Unfallgefahren und damit auch neue Aufgaben der Gewerbeaufsicht, die die öftere persönliche Prüfung der Betriebe durch die Beamten der Gewerbeinspektion erforderlich machen. Dazu kommt die wichtige Aufgabe der Unterbringung von Kriegsinvaliden, die am zweckmäßigsten durch Behandlung des Einzelfalles an Ort und Stelle gelöst wird. Außerdem bewegen die Arbeiterschaft zurzeit eine Reihe wirtschaftlicher Fragen. Es wäre deshalb eine Verstärkung des Personals der Gewerbeinspektion dringend erwünscht, zumal auch bei ihr die Kriegsverhältnisse eine, wenn auch vielleicht nur vorübergehende Einschränkung desselben gebracht haben.“

Diese beachtenswerten Ausführungen stammen sicher aus sachkundigen Kreisen, die mit den Aufgaben und Bedürfnissen der Gewerbeaufsicht vertraut sind. Wir fügen ihnen hinzu, daß bei der geheißten Personalverstärkung der Gewerbeaufsicht die seit langem erhobenen und wohl begründeten Forderungen der organisierten Arbeiterschaft berücksichtigt werden müssen: Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht zu einer ihren Aufgaben gemäß organisch zusammengefahten und gegliederten Körperschaft mit erheblich erweiterten Machtbefugnissen. Dem Stabe der Gewerbeaufsicht müssen Techniker, Ärzte und Hygieniker — darunter selbstverständlich auch weibliche — angehören, ferner freigewählte und besoldete Vertreter und Vertreterinnen der organisierten Arbeiterschaft. Die Mitarbeit von unabhängig gestellten Frauen und Männern aus dem Proletariat selbst ist von höchster Bedeutung dafür, daß die Gewerbeaufsicht ihren Aufgaben gerecht wird. Je umfangreicher das industrielle Arbeitsgebiet der Frauen während des Krieges geworden ist, je größer die gesundheitlichen Gefahren sind, die in der Folge den Arbeiterinnen drohen, um so dringlicher ist deren Interesse an der Erfüllung dieser Forderungen. Denn solange Frauenarbeit billiger als Männerarbeit bleibt, glauben wir nicht, daß nach dem Kriege das Unternehmertum von selbst die Arbeiterinnen von Verrichtungen ausschaltet, die dem weiblichen Organismus verberblich werden. Sicherung und weitere Ausdehnung des geschlichen Arbeiterinnenschutzes auf der ganzen Linie muß darum die Lösung sein. Sie war eine der wichtigsten Forderungen, die die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse aller Länder an ihrem Weltfeiertag des ersten Mai erhoben hat. Das wird auch eine ihrer wichtigsten Forderungen der Gegenwart bleiben.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Frauen als Mitglieder der Regierung in Norwegen. Depefchen haben aus Christiania berichtet, daß vom norwegischen Storting mit großer Mehrheit eine Verfassungsänderung beschlossen worden ist, wodurch den Frauen die Möglichkeit eröffnet wird, der Regierung als Mitglied anzugehören. Schon seit Jahren steht in Norwegen den Frauen das Recht zu, alle staatlichen Ämter zu bekleiden, mit Ausnahme der Ministerposten. Nun soll ihnen auch das Recht dazu eingeräumt werden. Wer vermag gerade in unseren Tagen zu behaupten, daß eine besondere geistige Überlegenheit dem männlichen Geschlecht ein Vorrecht auf die Regierungsmacht gebe? Erinnert doch gar zu vieles an das geflügelte Wort des schwedischen Kanzlers Ogenstierna: „Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Bundel), Wilhelmstraße, Post Zegerloch bei Stuttgart.
 Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.